

Zwischen der

Siemens-Betriebskrankenkasse

Ganghoferstr. 29, 80339 München

- Auftraggeber (AG) -

und der

----- wird nach Zuschlag ergänzt -----

- Auftragnehmer (AN) -

wird folgender Vertrag über

Abrechnung der Arzneimittel von öffentlichen Apotheken, Krankenhausapotheken und sonstigen Leistungserbringern nach §300 SGB V geschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Vertragsbestandteile	4
§ 3 Abrechnungsprüfung	5
§ 4 Vermeidung von Interessenkonflikten, Geheimhaltung	5
(1) Verpflichtung zur Vermeidung von Interessenkonflikten	5
(2) Fortgeltung und Weiterentwicklung der Maßnahmen	6
(3) Nachweispflicht und Kontrollrechte	6
(4) Vertragsstrafe	6
(5) Außerordentliches Kündigungsrecht	7
§ 5 Änderung der Leistung	7
(1) Änderungsrecht:	7
(2) Änderungsgegenstand:	7
(3) Inhalt und Übermittlung eines Änderungsverlangens:	7
(4) Verpflichtung zur Umsetzung eines Änderungsverlangens:	8
(5) Kosten:	8
(6) Umsetzung durch den Auftragnehmer:	8
(7) Aktualisierung der Dokumentation der Prüfkriterien:	9
(8) Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers:	9
§ 6 Leistungen des Auftraggebers	9
§ 7 Vertragslaufzeit / Leistungszeitraum	10
§ 8 Kündigung; Außerordentliche Kündigung	10
§ 9 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers	11
§ 10 Vergütung; Preisüberprüfungsklausel	11
(1) Vergütung	11
(2) Preisüberprüfungsklausel	11
§ 11 Ansprechpartner	12
§ 12 Abrechnung, Rechnungslegung, Zahlung	13
§ 13 Vertragsstrafen	13
§ 14 Salvatorische Klausel	14
§ 15 Inkrafttreten des Vertrages	15

Präambel

Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, die Abrechnungen von Arzneimitteln auf Rechtmäßigkeit und Plausibilität zu überprüfen. Dabei stellt der AG insbesondere sicher, dass die eingereichten Abrechnungen sachlich und rechnerisch korrekt sind. Die Zahlungen an die Leistungserbringer erfolgen unter Berücksichtigung von Zu- und Absetzungen, gesetzlichen Abschlägen, Skonti sowie den Zuzahlungen der Versicherten.

Um eine wirtschaftliche Durchführung der Abrechnungsprüfung zu gewährleisten, hat sich der AG entschieden, einen Dienstleister mit den, in diesem Vertrag beschriebenen Teilen der Leistungen zur Annahme, Prüfung und Abrechnung der Abrechnungen zu beauftragen. Dabei sind sämtliche einschlägigen Gesetze, Verordnungen, berufsrechtlichen Vorschriften und behördlichen Erlasse einzuhalten. Besonderes Augenmerk liegt auf den Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes hinsichtlich Inhalts und Durchführung der Abrechnungsprüfungen für Apotheken, Krankenhausapotheken, sonstige Leistungserbringer sowie die Krankenkassen.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung der Datenannahme, der Rechnungs- und Ordnungsprüfung sowie der Bezahlung und des Datenexportes an den AG für die Abrechnung der Arznei-, und Verbandmittel von öffentlichen Apotheken und Krankenhausapotheken sowie sonstigen Leistungserbringern nach § 300 SGB V und deren Archivierung.
- (2) Der AN wird insbesondere mit der Rechnungs-, Daten- und Belegannahme der öffentlichen Apotheken, Krankenhausapotheken und sonstigen Leistungserbringer (§ 300 SGB V); Rechnungsbezahlung bzw. Bereitstellung und Übermittlung der Zahlungsdaten; die Durchführung der sachlichen, rechtlichen und rechnerischen Prüfung der Abrechnung nach Maßgabe der vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben inkl. der Einspruchsbearbeitung; die Datenbereitstellung; die Archivierung sämtlicher Rechnungsunterlagen (inklusive Ordnungsblätter, Images und Datensätze) beauftragt.
- (3) Die Vertragsparteien werden nach Vertragsschluss auf Grundlage der Leistungsbeschreibung die Prozessabläufe sowie die hierfür erforderlichen technischen und organisatorischen Regelungen gemeinsam festlegen. Die Ergebnisse der Implementierungsgespräche sind zu protokollieren und werden verbindlicher Bestandteil dieses Vertrages.
- (4) Der optionale Bestandteil der Leistungen des Auftragnehmers umfasst die Archivierung von digitalisierten Ordnungsblättern, Ordnungs- und Abrechnungsdaten sowie von physischen Originalverordnungen sowie die

Ermittlung von Erstattungsbeträgen, für Versicherte der Auftraggeberin, welche die Kostenerstattung nach §13 Abs. 2 SGB V gewählt haben. Die Beauftragung und der Leistungsumfang werden in Anlage 1, 2 und 6 beschrieben.

- (5) Hoheitliche Aufgaben im Verhältnis zu Dritten werden vom AN bei der Erfüllung der Vertragsgegenstände nicht wahrgenommen. Dem AN werden im Rahmen dieses Vertrages keine Kompetenzen übertragen, die zu selbständigen Handlungen, Entscheidungen oder Schlussfolgerungen in eigener Verantwortung berechtigen, die über die von dem AG verbindlich vorgegebene Beauftragung hinausgehen.

§ 2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile, dieser Vertragstext und nachrangig folgende Anlagen:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung, samt seinen Anlagen; Leistungsverzeichnis (Preisblatt)
- Anlage 2: Verhandlungsprotokoll aus der Verhandlungsrunde vom ___wird nach Zuschlag ergänzt__; Kick-Off/Implementierungsprotokoll
- Anlage 3: Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der SBK (AVB) (Stand der bei der Ausschreibung aktuellen Fassung)
- Anlage 4: Anlage Datenschutz-Datensicherheitserklärung_fuer_Ausschreibungen_SGB; Anlage Datenschutzvereinbarung - AVV; Anlage Mustervereinbarung Informationssicherheit_2026_01_27; Anlage Technische und organisatorische Maßnahmen_Art_32 DSGVO
- Anlage 5: Anlage „Elektronische Rechnungsstellung“
- Anlage 6: das Angebot des Auftragnehmers vom ___wird nach Zuschlag ergänzt____ (Angaben zu Eignungskriterien, Angaben zu Leistungskriterien, Konzepten)
- Anlage 7: die VOL/B (Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen) in der jeweils aktuell gültigen Fassung.

§ 3 Abrechnungsprüfung

- (1) Grundsätzlich wird die Rechnungsprüfung und - Bezahlung durch den Auftragnehmer auch dann durchgeführt, soweit und solange Abtretungen, Pfändungen oder Insolvenzverfahren zu beachten sind. Die Auftraggeberin prüft die Rechtswirksamkeit und die Rechtsfolgen der Abtretung/Pfändung/Insolvenz und teilt dem Auftragnehmer eine etwaige Zahlungsverpflichtung und den Zahlungsadressaten mit. Die Auftraggeberin kann bei Vorliegen einer Abtretung/Pfändung/Insolvenz nachträglich widerruflich feststellen, dass sie die Rechnungsprüfung und -begleichung in einem Einzelfall oder regelmäßig selbst durchführt. Der Auftragnehmer leitet in diesen Fällen alle Abrechnungsunterlagen an die Auftraggeberin gegen Portokostenerstattung weiter.
- (2) Der Auftragnehmer erbringt, soweit die Beauftragung aus diesem Vertrag reicht, die Leistung in eigener Verantwortung. Für alle verbindlichen Entscheidungen im Leistungs- und Leistungserbringungsrecht Dritten gegenüber verbleibt die Entscheidungsbefugnis jedoch ausdrücklich bei der Auftraggeberin. Hoheitliche Aufgaben gegenüber Dritten werden vom Auftragnehmer bei der Erfüllung des Vertrags nicht wahrgenommen. Der Auftragnehmer kann keine Ermessungsentscheidungen für den Auftraggeber treffen. Rechtliche Prüfungen und Entscheidungen bleiben dem Auftraggeber vorbehalten. Die Sätze 1 bis 5 gelten auch, sowie der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag Nachunternehmer einsetzt.
- (3) Der Auftragnehmer erbringt Leistung mit fachlicher und kaufmännischer Sorgfalt nach bestem Wissen, nach dem bei Projektauftrag jeweils aktuellen Stand der Technik und durch Personal, das für die Erbringung der vereinbarten Leistungen qualifiziert ist.

§ 4 Vermeidung von Interessenkonflikten, Geheimhaltung

- (1) Verpflichtung zur Vermeidung von Interessenkonflikten
Der Inhalt dieses Vertrages sowie die vereinbarten Preise unterliegen der Vertraulichkeit.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche ihm im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages bekannt werdenden Informationen und Daten, insbesondere Sozial- und Betriebsdaten der Leistungserbringer oder deren Abrechnungsstellen, Verordnungs- und Kalkulationsdaten sowie Informationen über Kundenbeziehungen der Abrechnungsstellen, ausschließlich zum Zwecke der Vertragserfüllung zu verwenden, streng vertraulich zu behandeln und weder für andere Zwecke zu nutzen noch Dritten zugänglich zu machen oder offenzulegen.

Diese Verpflichtung gilt unabhängig davon, ob die Informationen ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnet sind.

Inbesondere hat der Auftragnehmer zu gewährleisten, dass:

- Abrechnungsdaten (direkt oder indirekt) aus der Arzneimittelabrechnung ausschließlich zur Erfüllung dieses Vertrags verwendet werden,
- keine Nutzung oder Weitergabe dieser Daten für andere Geschäftsbereiche (insbesondere im Zusammenhang mit Arzneimittelrabattverträgen oder vergleichbaren Tätigkeiten) erfolgt,
- und die im Vergabeverfahren dargestellten organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen dauerhaft eingehalten werden.

(2) Fortgeltung und Weiterentwicklung der Maßnahmen
Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

- die im Angebot dargestellten Maßnahmen während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten,
- diese bei Bedarf an den Stand der Technik sowie an geänderte rechtliche oder organisatorische Rahmenbedingungen anzupassen,
- dabei jedoch das vertraglich geschuldete Schutzniveau mindestens beizubehalten.

(3) Nachweispflicht und Kontrollrechte
Der Auftraggeber ist berechtigt einen Nachweis über die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu verlangen.

Der Nachweis hat insbesondere zu umfassen:

- eine aktuelle Darstellung der organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen,
- Angaben zu durchgeführten internen Kontrollen oder Audits,
- eine Erklärung, dass keine unzulässige Datenverwendung erfolgt ist.

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Angaben auf Plausibilität zu prüfen. Weitergehende vertraglich vereinbarte Prüf- oder Auditrechte bleiben unberührt.

(4) Vertragsstrafe

Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die vorstehenden Verpflichtungen, verwirkt er für jeden Einzelfall eine angemessene Vertragsstrafe, deren Höhe vom Auftraggeber nach billigem Ermessen festzusetzen und im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist (§ 315 BGB).

Die Summe der Vertragsstrafen ist höchstens auf 5 % des Gesamtauftragswertes begrenzt. Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadens bleibt unberührt; eine verwirkte Vertragsstrafe wird hierauf angerechnet.

(5) **Außerordentliches Kündigungsrecht**

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, insbesondere wenn:

- der Auftragnehmer gegen wesentliche Verpflichtungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie der Einhaltung der Vertraulichkeit verstößt,
- oder ein Verstoß geeignet ist, das Vertrauen in die ordnungsgemäße und neutrale Leistungserbringung nachhaltig zu beeinträchtigen.

Vor Ausübung des Kündigungsrechts ist dem Auftragnehmer grundsätzlich Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern nicht aufgrund der Schwere des Verstoßes eine sofortige Kündigung gerechtfertigt ist.

§ 5 Änderung der Leistung

(1) **Änderungsrecht:**

Der Auftraggeber unterliegt dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Zugleich streben die Vertragsparteien an, die Qualität der Leistungserbringung im Rahmen der Vertragsdurchführung kontinuierlich zu verbessern und die implementierten Prozesse fortlaufend zu optimieren. Hierzu können die Parteien Optimierungsgespräche durchführen, die zu dokumentieren sind. Die abgestimmten Protokolle werden als ergänzender Bestandteil in den Vertrag einbezogen. Der Auftraggeber hat jederzeit das Recht, ein schriftliches Änderungsverlangen an den Auftragnehmer zu richten. Werden durch ein solches Änderungsverlangen ursprünglich nicht vereinbarte Leistungen übertragen, gelten hierfür, wenn nicht schriftlich anderes vereinbart ist, die Vertragsbedingungen und Vertragsbestandteile des Hauptvertrages.

(2) **Änderungsgegenstand:**

Ein Änderungsverlangen der Auftraggeberin kann sich grundsätzlich auf jede der unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen beziehen. Insbesondere können sich Änderungsverlangen des Auftraggebers auf die Prüfgegenstände (z.B. neu hinzukommende Leistungsbereiche) und die Prüfkriterien beziehen. Die Auftraggeberin kann hierbei die Anpassung der Prüfgegenstände und Prüfkriterien an die aktuellen Erfordernisse (z.B. infolge von Gesetzesänderungen, Änderungen von Richtlinien oder gerichtlicher Anordnungen) oder auch z.B. aufgrund von Prüfergebnissen die neue Aufnahme oder Einstellung von Prüfkriterien sowie Prüfgegenstände verlangen.

(3) **Inhalt und Übermittlung eines Änderungsverlangens:**

Ein Änderungsverlangen muss folgendes enthalten: (1) den Verfasser und das Datum des Änderungsverlangens, (2) die genaue Angabe der erforderlichen Änderung oder der zusätzlichen Leistung samt Leistungsbeschreibung, (3) den Grund für das Änderungsverlangen oder die zusätzliche Leistung, (4) Angaben zur

Wichtigkeit des Änderungsverlangens für die Vertragspartner im Sinn von zeitlicher Dringlichkeit.

Das Änderungsverlangen wird (Übermittlung per E-Mail, Ticket-System etc.) an den Auftragnehmer übermittelt, dieser bestätigt den Erhalt ebenfalls über den eingereichten Kanal.

(4) Verpflichtung zur Umsetzung eines Änderungsverlangens:

Der Auftragnehmer ist zur Umsetzung der von dem Auftraggeber verlangten Änderungen kostenfrei verpflichtet, soweit es sich um Änderungen handelt, die auf Gesetzesänderungen, Änderungen von für die Auftraggeberin verbindlichen Richtlinien oder gesetzlichen Anordnungen beruhen.

Im Falle von aus sonstigen Gründen erfolgenden Änderungsverlangen gilt Satz 1 entsprechend, es sei denn, die Umsetzung des Änderungsverlangens ist dem Auftragnehmer nicht zumutbar. Für die Unzumutbarkeit hat der Auftragnehmer einen entsprechenden Nachweis zu erbringen.

(5) Kosten:

Soweit aufgrund eines Änderungsverlangens beim Auftragnehmer ein zusätzlicher Vergütungsanspruch besteht, erstellt dieser einen Kostenvoranschlag unter Vorlage gemäß Anlage 2 und 6. Der Auftragnehmer hat ebenfalls etwaige Kostenersparnisse, insbesondere durch Einsetzen von neuen technologischen Mitteln, an den Auftraggeber weiterzugeben. Der Auftraggeber erklärt sich innerhalb von vier Wochen verbindlich und schriftlich zu diesem Kostenvoranschlag. Erklärt sich der Auftraggeber innerhalb dieser Frist nicht, gilt der Kostenvoranschlag des Auftragnehmers als abgelehnt.

Nimmt der Auftraggeber den Kostenvoranschlag an bzw. verständigen sich die Vertragspartner einvernehmlich über Abweichungen vom Kostenvoranschlag des Auftragnehmers, erfolgt die Umsetzung umgehend durch den Auftragnehmer.

(6) Umsetzung durch den Auftragnehmer:

Der Auftraggeber wird unverzüglich vom Auftragnehmer über die erfolgreiche Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen informiert.

Bei Änderungen, die sich auf die Prüfkriterien beziehen, gilt zudem folgendes: Der Auftragnehmer wird mit der Änderung der Prüfkriterien spätestens 14 Tage nach Eingang der Annahmeerklärung des Kostenvoranschlags durch den Auftraggeber beim Auftragnehmer beginnen. Besteht die Notwendigkeit einer sofortigen Umstellung, auf die der Auftraggeber beim Änderungsverlangen bzw. spätestens mit Annahme des Kostenvoranschlags hingewiesen hat, wird mit der Realisierung der Änderungsvorgabe innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Eingang der Annahmeerklärung des Kostenvoranschlags durch den Auftraggeber beim Auftragnehmer begonnen.

- (7) Aktualisierung der Dokumentation der Prüfkriterien:
Die Führung des Prüfkriterienkataloges während der Vertragslaufzeit obliegt dem Auftragnehmer. Jede Änderung der Prüfungen – auch bei geringerem Umfang – wird vom Auftragnehmer dokumentiert und an den Auftraggeber zur Information weitergeleitet. Zur Änderung der Prüfkriterien bedarf es in jedem Fall einer schriftlichen Vorgabe/ Zustimmung durch den Auftraggeber.
- (8) Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers:
Soweit der Auftragnehmer Anpassungen oder Änderungen der Prüfungen, die auf der Einführung und Änderung von rechtlichen Normen, Richtlinien des Spitzenverband Bund der Krankenkassen und auf gerichtlichen Anordnungen beruhen, nicht oder nicht rechtzeitig umsetzt, ist der Auftraggeber berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen. Hierbei kann der Auftraggeber auch ein späteres Kündigungsdatum festlegen. Satz 1 gilt nicht, sofern den Auftragnehmer kein Verschulden oder Mitverschulden trifft. Etwaige dem Auftraggeber durch eine Kündigung nach Satz 1 entstehende Schäden hat der Auftragnehmer zu tragen.

§ 6 Leistungen des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber erbringt diejenigen Leistungen, die zur Erfüllung des vorliegenden Vertrages durch den Auftragnehmer notwendig sind, insbesondere die nachfolgend dargestellten Leistungen, sowie Leistungsbeschreibung und Leistungskriterium. Weitere Details werden die Vertragspartner zu Beginn der Leistungserbringung vereinbaren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber auf etwaige seitens des Auftraggebers erforderliche Leistungen rechtzeitig hinzuweisen. Nur bei rechtzeitigem Hinweis kann sich der Auftragnehmer auf die nicht, nicht ordnungsgemäß bzw. nicht rechtzeitige erbrachte Leistung der des Auftraggebers berufen.
- (2) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer solche Daten/Dateien, die sich in seinem Besitz befinden und die zur Rechnungsprüfung zwingend erforderlich sind, kostenlos zur Verfügung, soweit nichts Abweichendes vereinbart ist.
- (3) Der Auftragnehmer hält aktuelle Vertragsübersichten und Preislisten eigenständig vor. Kann der Auftragnehmer die für die Rechnungsprüfung erforderlichen Angaben nicht selbst beschaffen, informiert er den Auftraggeber hierüber. In diesem Fall stellt der Auftraggeber die erforderlichen Angaben zur Verfügung, soweit er über diese Informationen verfügt. Ein Auszug aus dem SBK-Kontenplan und den Bestimmungen zum Kontenplan wird binnen 14 Tagen nach Vertragsschluss zur Verfügung gestellt.
- (4) Der Auftraggeber informiert die sonstigen Leistungserbringer und Apotheken bzw. die von diesen beauftragten Abrechnungsstellen darüber, dass der Auftragnehmer für sie als Datenannahme- und Rechnungsprüfstelle für die Papierbelege und

sonstigen rechnungsbegründenden Unterlagen fungiert. Die Datensätze nach §300 SGB V werden durch die Apotheken bzw. durch die von diesen beauftragten Abrechnungsstellen direkt bei der BITMARCK GmbH angeliefert und von dort an den Auftragnehmer weitergeleitet.

§ 7 Vertragslaufzeit / Leistungszeitraum

- (1) Der Vertrag wird mit Zuschlag angenommen.
- (2) Die Vertragslaufzeit beginnt am 01.01.2027 und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, am 31.12.2037.

§ 8 Kündigung; Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Auftragnehmer kann diesen Vertrag mit einer Frist von 12 Monaten und der Auftraggeber mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres ordentlich kündigen. Eine Kündigung ist erstmals für beide Vertragsparteien erst zum Ende des 2. Vertragsjahres möglich.
- (2) Die Abrechnungsdienstleistungen beginnen inhaltlich mit dem Abrechnungsmonat Januar 2027 und enden bei Kündigung demzufolge mit dem Abrechnungsmonat Dezember des betreffenden Kalenderjahres. Die Leistung umfasst auch im Falle einer Beendigung des Vertrags damit alle nachgelagerten Tätigkeiten, welche in der Leistungsbeschreibung bzw. dem Vertrag für den Abrechnungsmonat Dezember zu erbringen sind.
- (3) Der Teilleistungsbereich Kostenerstattung nach §13 Abs. 2 SGB V kann abweichend von den vorherstehenden Regelungen vom Auftraggeber mit einer Frist von 2 Monaten zum Monatsende gekündigt werden.
- (4) Im Falle einer Kündigung enden die beiderseitigen Vertragspflichten.
- (5) Macht der Auftraggeber von seinem Recht auf außerordentliche Kündigung Gebrauch, so ist der Auftragnehmer zum vollen Schadensersatz verpflichtet. Der Schadensersatz umfasst insbesondere sämtliche Mehrkosten, die dem Auftraggeber während einer vorübergehenden Leistung durch einen anderen Dienstleister oder Lieferanten und im Zuge der erforderlichen Neuvergabe des Auftrages entstehen.
- (6) Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 314 i.V.m. § 323 Absatz 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist. Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung für die bis zum

Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten Leistungen.
Die Vergütung entfällt aber für solche Leistungen, für die der Auftraggeber darlegt,
dass sie für ihn aufgrund der Kündigung ohne Interesse sind.

- (7) Die Kündigung bedarf der Schriftform (§ 126 BGB).

§ 9 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Die konkreten Leistungspflichten sind der Anlage 1 Leistungsbeschreibung zu entnehmen.
- (2) Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer, seine Leistungen in ständigem Kontakt mit dem Auftraggeber zu erbringen und diesen über entsprechende Fortschritte fortlaufend zu unterrichten.

§ 10 Vergütung; Preisüberprüfungsklausel

- (1) Vergütung
Die Preise sind bindend. Die Vergütung ergibt sich aus dem Leistungsverzeichnis sowie beigefügten Preisliste des Auftragnehmers.
- (2) Preisüberprüfungsklausel
- a. Die Parteien vereinbaren, dass die im Vertrag festgelegten Vergütungen des Auftragnehmers alle zwei Jahre, erstmals nach Ablauf der Mindestvertragsdauer, auf ihre Angemessenheit überprüft werden können.
- b. Im Rahmen der Preisüberprüfung sind insbesondere Veränderungen wesentlicher Kostenfaktoren zu berücksichtigen, insbesondere Personal-, Material-, Energie-, sonstige betriebsnotwendige Aufwendungen, Lohn- und Gehaltskosten, gesetzliche und regulatorische Vorgaben wie MiLoG sowie allgemeine Preisentwicklung. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Preisüberprüfung die geltend gemachten Kostenentwicklungen nachvollziehbar zu belegen (z. B. durch Angaben zur Struktur der Lohnkosten, zu geänderten gesetzlichen Vorgaben wie MiLoG oder zur allgemeinen Kostenentwicklung in anonymisierter und aggregierter Form).
- c. Der Auftragnehmer ist darüber hinaus verpflichtet, im Rahmen der Preisüberprüfung offenzulegen, ob und in welchem Umfang seit der letzten Preisfestsetzung Effizienzgewinne (insbesondere durch Prozessoptimierungen, Digitalisierung oder Skaleneffekte) erzielt wurden. Derartige Effizienzgewinne sind zugunsten des Auftraggebers zu berücksichtigen und führen zu einer entsprechenden Reduzierung der Vergütung.

d. Sowohl der Auftragnehmer als auch der Auftraggeber sind berechtigt, die Preisüberprüfung zu beantragen. Der Auftraggeber kann eine Überprüfung ausdrücklich auch mit dem Ziel der Preissenkung verlangen.

e. Die Parteien verpflichten sich, nach Antragstellung unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier (4) Wochen, in Verhandlungen über eine angemessene Anpassung einzutreten. Anpassungen bedürfen der einvernehmlichen Vereinbarung in Textform.

f. Kommt innerhalb von acht (8) Wochen nach Beginn der Verhandlungen keine Einigung zustande, bleiben die bisherigen Vergütungen unverändert bestehen. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Rechte der Parteien bleiben unberührt.

§ 11 Ansprechpartner

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber für die gesamte Vertragslaufzeit einen persönlichen, deutschsprachenden Ansprechpartner, sowie seinen Stellvertreter, zu benennen, der dem Auftraggeber für alle Belange im Zusammenhang mit diesem Vertrag zur Verfügung steht. Als persönlicher Ansprechpartner wird bestimmt:

Kontaktdaten des persönlichen Ansprechpartners:

Kontaktdaten seines Stellvertreters:

- (2) Sonstige Dienstleistungen des persönlichen Ansprechpartners und seines Stellvertreters, sowie etwaig anfallenden Reisekosten, sind mit der vereinbarten Vergütung gemäß Leistungsverzeichnis abgegolten.
- (3) Liegen wichtige Gründe vor, hat der Auftraggeber das Recht, vom Auftragnehmer die Benennung eines anderen persönlichen Ansprechpartners bzw. eines anderen Stellvertreters zu verlangen.
- (4) Erreichbarkeiten, sowie sonstige terminliche Absprachen, richten sich nach den Regelungen in der Anlage 1 Leistungsbeschreibung.

§ 12 Abrechnung, Rechnungslegung, Zahlung

- (1) Die Abrechnung bzw. Rechnungslegung erfolgt als monatliche Abrechnung, für den jeweiligen Abrechnungsmonat auf Basis der bearbeiteten Belegmenge. Sie ist unmittelbar nach Abschluss der Rechnungsprüfung und Bezahlung des jeweiligen Abrechnungsmonats vorzunehmen. Die abgerechneten Rezeptmengen sind hierbei detailliert anzugeben. Die Umsatzsteuer ist auszuweisen. Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Leistung und Rechnungsstellung. Solange eine solche Rechnung nicht oder nicht ordnungsgemäß vorliegt, gerät der Auftraggeber nicht in Zahlungsverzug.
- (2) Die konkrete Rechnungsstellung/Gutschrifterstellung wird dem AN zeitnah nach Zuschlag mitgeteilt.
- (3) Verzögert sich die Bearbeitung durch den Auftraggeber im Rahmen ihres gewöhnlichen Geschäftsablaufs, weil eine oder mehrere dieser Angaben fehlen oder nicht korrekt sind, so verlängert sich die in Abs. 1 genannte Zahlungsfrist um den Zeitraum der Verzögerung.

§ 13 Vertragsstrafen

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die, in der Anlage 1 unter Kapitel 5.1. – 5.3., sowie Kapitel 5.6, 5.8.3., 5.8.4., 5.8.6. (MI Klasse A und B-Incident), 5.8.7., 5.8.8. bezeichneten Pflichten, insbesondere die dort genannten Fristen, einzuhalten.

Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung verwirkt der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe, deren Höhe der Auftraggeber nach billigem Ermessen bestimmt. Maximal 5% der vergütungsrelevanten Teilleistung. Die Bestimmung ist im Streitfall nach § 315 Abs. 3 BGB gerichtlich überprüfbar.

Bei der Bemessung sind insbesondere Art, Ausmaß und Folgen der Zuwiderhandlung, das Verschulden, die Dauer und Häufigkeit von Verstößen, die wirtschaftliche Bedeutung und das Interesse an der Verhinderung weiterer Verstöße zu berücksichtigen.

- (2) Die Parteien vereinbaren für die in Anlage 1 Kapitel 5.8.2. und 5.8.5. geregelten Service Level eine Vertragsstrafe nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen.

Für jede SLA-Kategorie wird in der jeweils vereinbarten Messperiode (z. B. Kalendermonat bzw. Kalenderquartal) eine Zielerfüllungsquote in Prozent festgelegt. Die Zielerfüllungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis der fristgerecht erfüllten Vorgänge zu allen in der Messperiode fälligen Vorgängen der jeweiligen SLA-Kategorie oder der in der Kategorie festgelegten Verfügbarkeitsquote.

Die Ermittlung der Zielerfüllungsquote erfolgt auf Grundlage der Zeitstempel und Daten im abgestimmten Ticketsystem; ersatzweise ist die schriftliche Kommunikation per E-Mail maßgeblich. Zeiten, in denen der Auftragnehmer berechtigt auf notwendige Mitwirkung, Informationen oder Freigaben des Auftraggebers wartet oder in denen höhere Gewalt vorliegt, bleiben bei der Fristberechnung unberücksichtigt.

Unterschreitet der Auftragnehmer die jeweilige Zielerfüllungsquote in der jeweiligen Messperiode so verwirkt der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe.

Die Vertragsstrafe beträgt 1.000 EUR für jeden vollen Prozentpunkt, um den die Zielerfüllungsquote unterschritten wird. Dezimalstellen der Unterschreitung werden abgerundet.

Die Summe aller Vertragsstrafen wird auf 5% der vom Auftraggeber im jeweiligen Kalenderjahr geschuldeten Jahresvergütung für die betroffenen Leistungen begrenzt.

Der Auftragnehmer erstellt für jede Messperiode ein SLA-Reporting, aus dem die ermittelten Zielerfüllungsquoten hervorgehen.

Die jeweils verwirkten Vertragsstrafen werden dem Auftragnehmer separat in Rechnung gestellt.

- (3) Weitere vertragliche oder gesetzliche Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Die Vertragsstrafen werden, sollten die vertraglichen oder gesetzlichen Schadensersatzansprüche höher sein, auf diese angerechnet.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen.
- (5) Die Summe aller Vertragsstrafen darf 5 % des jährlichen Gesamtnettoauftragswerts nicht überschreiten.
- (6) § 341 Abs. 3 BGB wird ausgeschlossen. Ansprüche aus verwirkter Vertragsstrafe können bis 3 Monate nach Beendigung des Vertrages geltend gemacht werden.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne der vorstehenden Bestimmungen oder Bestimmungen des Vertrages nichtig oder unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Unwirksame Bestimmungen werden im Wege der ggf. ergänzenden Auslegung dieser Vereinbarung durch solche Regelungen ersetzt, die den unwirksamen Bestimmungen wirtschaftlich und in ihrer rechtlichen Wirkung, soweit rechtlich zulässig, entsprechen.

§ 15 Inkrafttreten des Vertrages

Der Vertrag tritt mit Erteilung und elektronischer Übermittlung des elektronisch erstellten Zuschlagsschreibens an den AN über das eingesetzte eVergabemanagementsystem des AG in Kraft. Der Vertrag wird von den Vertragsparteien nicht gesondert unterzeichnet.

ENTWURF